

Merseburger Korrespondenz

Erzichtet täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage — Verkaufspreis monatlich 21,00 RM. ausl. Postgebühren gesondert. — Durch die Post bezogen 21 Mark einschließlich Post- und Beleggebühren. — Einzelnummer 1,50 Mark. Geschäftsanschrift: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den nächstgelegenen Anzeigenraum 1,25 RM, im Fernraum 6,00 RM, für Spaltenanzeigen u. Nachstellungen ein- bzw. zweifaches Vielfaches. Abdruckpreis eine Zeile 20 Pfennig. Schluss der Anzeigenannahme: 10 Uhr vormittags. Postfachnummer: Leipzig 39070. Fernamt: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466. Mitglied des Zentralen Deutschen Zeitungsverlegerverbandes. E. E. Reichs-Verlegerverband.

„Amtsblatt der Stadt Merseburg“ und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“ im „häuslichen Herd“ und der „großen öffentlichen Straße“ „Der Chronist von Merseburg“

Nr. 134.

Sonntag den 10. Juni 1922

18. Jahrg.

In drei Monaten!

Die Vertagung der Anleihekommission und der Reparationsgedanke

Nach einer Sondermeldung von heute morgen ist bei internationaler Anleiheauskunft zu dem Ergebnis gekommen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen, das heißt unter der dahingehenden Abstraktion, eine Anleihe nicht ausfindig gemacht werden kann. Die Kommission hat sich infolgedessen am drei Monate vertagt und will dann die Beratung wieder aufnehmen.

Es sollen sich nur Vermutungen aussprechen, was die Anleihekommission zu diesem Beschluß geführt haben mag. Der wahrscheinlichste Grund dürfte die Tatsache sein, daß Frankreich seinen ansehensreichen Willen der Kommission hat mitteilen lassen, in der Reparationskommission auf jeden Fall den erforderlichen einmütigen Beschluß über Herabsetzung der deutschen Schuld zu verhindern. Es bliebe also für diesen Anleiheauskunft nur die Möglichkeit, eine Mehrschuldenlösung für ein laimes Moratorium zu schaffen. Aber ein noch so langer Zahlungsaußschuß für Schuld in imaginärer Höhe ist keine Grundlage für eine Anleihe, und so hat die Anleihekommission zur Zeit auch keine Grundlage mehr für weitere Verhandlungen ersehen können. Es mag dazu gekommen sein, daß die Fragen des Nachschlages der alliierten — Schulden an Amerika zu ermitteln gerichtet worden sind im Zusammenhang mit der Frage des Nachschlages der deutschen Reparationszahlungen, daß Morgens, der dafür feierliche Vollmacht hat, erst in Washington diese für einschneidende Finanzfrage vorlegen muß. Und so heißt es denn: in drei Monaten!

Der große Berliner Morgen mag sich fragen, ob in diesen drei Monaten die Umstellung der Wirtschaft in Europa so fortgeschritten wird, daß der Gebote der Revision in Paris in Frankreich sich allmählich durchsetzen wird. Die amerikanischen Finanzmänner haben ja auch die Möglichkeit, die Sache viel früher anzufassen als wir Zeitungsleser. Europa mag weiter leiden, aber es zu verhindern kommt, lassen sich die Finanziers und sind dabei nicht anders zu bereiten als Feldherren, welche in einer Schlacht Regimente zu opfern wissen, um Zeit zu gewinnen für Bewegungen und Truppenverlegungen hinter der Front. Ist ja doch die letzte Gestalt des planetarischen Wirtschaftens ein Krieg, der viele Opfer fordert. Man mag über dies Schicksal denken wie man will, Tatsache ist, daß bei der jetzigen Wirtschaftslage die großen Gefahren an den Grundlagen der Reparationskommission nicht vorbeigehen können, und daß sie behalts abzuwenden die Eiterung im franken Teile Europas weitergehen lassen müssen. Drei Monate Gelddruck scheinen den Geldmännern nicht zu lang.

Wenn die Kommission wieder auftritt, mit welcher Faust wird dann die Summe von 132 Milliarden Gold, die unsere Reparationspflicht ausmacht, in Papiermark ausgedrückt sein? Es wird sich um astronomische Zahlen handeln. Und wieder werden eine eindringliche Sprache reden. Vielleicht (?) wird sich dann sogar Frankreich der Erkenntnis öffnen, daß nur die Revision der bisherigen Abkommen Europa retten kann. Es sind einfach die wirtschaftlichen Tatsachen, die dahin zwingen, jedoch Gertrud Bäumer in ihrer Vortragsrede, die vor der Vertagung der Anleihekommission abgelesen ist. Sie heißt weiter über die Selbstzerstörung der Geschichte: „Um Grände ist es eine gewisse Seite der Weltgeschichte, daß nach einem so ungeheuren Aufbruch von menschlichem Schicksal, von tiefsten Hoffnungen, höchsten Verdiensten, von Tränen, Begeisterung und Verzweiflung, als die letzte Schlacht hervortritt Morgens über dem Trümmerfeld erhebt und die letzten Entscheidungen für sich in Anspruch nimmt. Politische Pläne zerbrechen an dem ebenen Gerüst der wirtschaftlichen Tatsachen. Der Geldgeber entscheidet über Möglichkeiten und Unmöglichkeiten.“

Ist das nicht eine Wahrheit, die allen Gläubigen an die Kraft der höheren nationalen Ziele und Ideen in Trümmern führt, eine kalte, graue Wahrheit? Man kann es auch anders auffassen. Wenn diese tiefste Abhängigkeit der Länder von den wirtschaftlichen Möglichkeiten, diese Grenze, die allem Wirtschaften durch die Grundlagen der wirtschaftlichen Existenz der Menschheit gesetzt ist, sie jetzt doch auch den politisch verbündeten Ländern, daß das Dasein der Nationen auf dem Werkstoff und nicht auf dem Schwert beruht. Nämlich die wirtschaftlichen Mächte sich selbst erkennen, lernen sie die Menschheit, daß alle Macht aus der Arbeit erwächst, und daß es vergeblich ist, diese Macht durch Waffen entziehen zu wollen. Durch seine Arbeit ist das deutsche Volk so stark, daß es militärisch vertrieben, doch — und gegen den Verdrüßlichen seiner Feinde — im Wirtschaftlichen der Welt ein unerschütterliches Glied bildet. Wie auch jetzt die Entscheidung über die Reparation ausfallen wird, wenn sie dieser Bedeutung Deutschlands im Arbeitskreis der Welt nicht gerecht wird, kann sie keine Dauer haben.

Wir aber sollten und auch dieser Lehre — der letzten, die uns der Krieg zu sehen hat — anerkennen. Sie sollte uns sehr tief und sehr ruhig machen. Nicht von der militärischen Bedrohung, von einer neuen Welt der Waffenlosigkeit und des nationalen Geraden ist die Umkehrung des Friedens von Verfall zu erwarten, sondern er wird, Artikel für Artikel, fortgesetzt werden von der nächsten Regierung mit den wirtschaftlichen Tatsachen.“

Der politische Glaube, an dem solche Sätze geschrieben werden, ist etwas Großes. Nur ist wohl die Einschränkung nicht zu umgehen, daß auch diese Selbstzerstörung der Geschichte abhängig ist von bestimmten Kräften. Es gibt in der Geschichte auch ein „Zu spät“. Mag auch zur Zeit in England solche Korrektur sich anbahnen, so fallen doch vor dem Genuesenarmee Millionen Hungende ins Grab. Es ist die Frage, ob der Reparationsvertrag, der ja auf dem Wege ist, auch in sich selbst die Keime enthält, oder ob der Neuanfang über ungeheuren Währungsdruck möglich ist.

Der Anleihe-Ausschuß auf drei Monate vertagt!

Paris, 10. Juni. (Havas.) Der internationale Anleiheauskunft hat gestern nachmittags zusammen und kam zu der Schlußfolgerung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen kein Beschluß über die Ausgabe einer internationalen Anleihe gefaßt werden könne, durch die ein Teil der von Deutschland zu zahlenden Reparationszahlungen gedeckt werden sollte. Infolgedessen beschloß der Ausschuß, sich auf drei Monate zu vertagen und dann die Beantwortung dieser Frage wieder aufzunehmen.

Aus der Sitzung des Anleiheauschusses.

Paris, 10. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) „L'Echo“ meldet, daß bei den letzten Beratungen der Anleihekommission aufeinander getrotzt ist. Der englische Abgeordnete Anderlin und der holländische Delegierte behaupteten darauf, daß Frankreich in der deutschen Schuldfrage keine Ansprüche vermindern dürfe. Morgens, der sich mit dem deutschen Delegierten Bergmann im Einzelnen einverstanden erklärte, sah sich am Ende gezwungen, daß die weiteren Erörterungen solange ausgesetzt sind, als die Gläubigerfrage nicht einig ist.

Dr. Wirth über die Reichspräsidentenwahl.

Leipzig, 10. Juni. (Havas.) Anlässlich des Beschlusses des Reichspräsidenten in Leipzig, der wir an anderer Stelle berichtet haben, kam man auf die Reichspräsidentenwahl zu sprechen und sagte, daß bei dem Wiederzusammentritt des Ausschusses mit den wirtschaftlichen Beratern in Betracht kommen werde, um zu einer Entscheidung in der Frage der Präsidentenwahl zu kommen. Diese Lösung nunmehr erwidert angeregten werden, nachdem die obersteinständige Frage eine Lösung gefunden habe, die erwiesen läge, daß der aus der letzten Sitzung der Reichspräsidentenwahl, die die weiteren Erörterungen aufweise, die zur Präsidentenwahl erforderlich ist.

Die Gemüthlichen.

Berlin, 10. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Anfall ist gestern aus London in Berlin eingetroffen. Er hat noch in späteren Nachrichten mit Mühseligkeiten gekämpft. Anfall wird jedoch als möglich nach Berlin zu reisen, um über seine Verhandlungen in London und Berlin Bericht zu erstatten. Dr. Wirth, der zwar nicht mehr in Gefahr steht, noch nicht arbeitsfähig ist, werden die fünf Genuesenleger gemeinsam mit Bergmann im Sinne der Genuesenregierung die auswärtige Politik der Kommissar führen.

Dem Anleihe-Ausschuß auf den Weg!

Zur rechten Zeit erhebt eine neue amtliche Denkschrift über die Kosten der Rheinlandabgabe. Bis Ende März beliefen sich diese Kosten auf rund 4 Milliarden Goldmark Ausgaben für Reparationszahlungen und auf rund 7,5 Milliarden Papiermark von Deutschen bis durch direkte Zahlungen empfangen. Vom 1. Mai bis 31. Dezember d. J. betragen die Ausgaben der Reparationsmächte rund eine weitere Goldmark, die direkten Ausgaben des Reiches weitere 5,9 Milliarden Papiermark. Die Kosten der Rheinlandabgabe allein betragen in den letzten acht Monaten des Jahres 1921 178 1/2 Millionen Mark.

Für die Einrichtung von Vorstellen für die Reparationsgruppen hatte das Reich bis Oktober d. J. 802.000 Mark zu zahlen. Für Truppenabgaben wurden landwirtschaftliche Betriebe im Werte von 2,5 Millionen Mark und 167 Fabrikanlagen im Werte von 74 Millionen beschlagnahmt. Während die deutsche Armee im besetzten Gebiet nur 9 Einflüge hatte, haben die interalliierten Mächte bis 1. November 1921 24 neue Flugplätze angelegt. Für Wohnungszwecke waren am 1. Dezember 1921 insgesamt 9700 Wohnungen und 13000 Einzelzimmer beschlagnahmt. Während die deutschen Garnisonen im besetzten Gebiet etwa 70.000 Soldate hatten, betrug am 1. Dezember 1921 die alliierte Besatzungsmacht noch mindestens 130.000 Soldate. Am ganzen sind bis Ende März d. J. 5,5 Milliarden Goldmark und 14 Milliarden Papiermark aufgewandt, ohne die Kosten für die Truppen in den nächstjährigen rechnerischen Gebieten.

Die Herren von der Anleihekommission sollten diese Zahlen auswendig wissen. Sie sind die beste Propaganda für die nun neu vertagte „Revision“.

Der Reichstanzler über die politische Lage.

Leipzig, 10. Juni. (Havas.) Anlässlich ihres Beschlusses bei der württembergischen Staatsregierung sprach Reichstanzler Dr. Wirth und Reichsminister Dr. Rathenau vor einem großen Kreis geladener Gäste. Der württembergische Staatspräsident Dr. Dierker begrüßte beide Gäste im Namen des Staates als herzlich. — Dr. Wirth sagte u. a., in der inneren Politik ist kein Ziel immer die Wahrung des deutschen Volkes und die Erhaltung der deutschen Einheit gewesen. Die Gefahr einer Reichsregierung ist noch nicht gegeben. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes in allen Schichten steht mit der Regierung zusammen in dem Willen, Deutschlands Einheit zu bewahren. In der äußeren Politik empfinde es das ganze deutsche Volk als bitteren Unrecht, daß die Vertagung der drei Anleiheauskünfte noch nicht möglich gemacht ist. — Wenn keine Gefahr, daß Deutschland wieder seinen Boden unter den Füßen habe, der Vertrag von Wallalbe werden den ersten Schritt. Die Konferenz der Finanzministerpräsidenten in Paris bedeutet eine wirtschaftliche Vertagung der Reparationsfrage. Die Bankiers würden finden, daß die Anleihe mindestens ebenso notwendig ist.

Dollar heute 295—96 (gestern 289 1/2).

Deutsche Industrielle in Moskau.

Jerizoff, 10. Juni. (Havas.) Der Petersburger Sowjet veranlaßte eine feierliche Sitzung seines Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten zur Begrüßung der gegenwärtig in Petersburg weilenden Vertreter der deutschen Industrie. Die deutschen Industriellen erklärten, wie die Petersburger „Worona“ berichtet, daß sie von der Dauerhaftigkeit der angebahnten deutsch-russischen Wirtschaftszusammenarbeit überzeugt seien, zugleich aber wieder die auf die Verbesserung des in der Zukunft des russischen Aufgebens dringlich sein. Die deutschen Industriellen beschloß hierauf die Kuriosität.

Finisch-russische Annäherung.

Moskau, 10. Juni. (Havas.) Zwischen Finnland und Russland ist ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach beide Staaten sich gegenseitig die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenze garantieren und beiderseits der Grenze Kommissionen einsetzen, die die genaue Ausdehnung des Territoriums zu überprüfen haben. In Klärfragen betrafend den Vertrag als Sieg der russischen Diplomatie über Polen, das Finnland auf seine Seite hinüber zu ziehen versuchte.

Lenin auf dem Wege der Besserung.

London, 10. Juni. (Havas.) Nach den letzten Nachrichten, die der Reuters-Agentur aus Moskau zugegangen sind, scheint Lenin nach angetriebenen Erörterungen, die jedoch im Augenblick öffentlich wieder auf dem Wege der Besserung.

Hamburger Holzarbeiterstreik?

Hamburg, 10. Juni. (Havas.) Die von den Holzarbeitern geforderte Forderung, den Tagelohn für 6 zu erhöhen, wurde vom Arbeitgeberverein abgelehnt. Der vom Arbeitgeberverein ausgehende Streik ist nicht eingeleitet worden, da die Arbeiter auf ihrer Forderung beharren, die Arbeitgeber aber nur eine Zulage von 10 % bewilligen wollten. Ein Streikspruch ist nicht abzusehen.

Die neue französische Anleihe.

Paris, 10. Juni. (Havas.) Laut „Matin“ wird die nächste am 26. Juni auszugebende Anleihe des Credit National 200 Millionen Francs betragen.

wendig sei für Frankreich wie für die übrigen Entente-Länder. An dem Urteil der Bank von England zu Ende des letzten Jahres, daß Deutschland unter den Zahlungsbedingungen des Ultimatus nicht kreditfähig sei, könne man in Paris nicht vorbeigehen. Amerika müsse für die Mitarbeit an den europäischen Problemen gewonnen werden. Reichsminister Dr. Rathenau führte u. a. aus, man sei einen Schritt vorwärts gekommen auf dem Wege zu der wirtschaftlichen Besserung. Der Vertrag mit der Türkei, das nicht Gold, sondern Zahlungsmittel sein kann, lobten Rathenau. Rathenau behandelte dann die Vorgänge in Genes und Genes und die Erkenntnis der Wirth, daß man aus dem gegenwärtigen Schuldverhältnis der großen Nationen heraus müsse. Von Dage würde sich Deutschland nicht abwenden, aber zu erlicher Vermittler und Mitarbeiter würde es bereit sein. Von der Geschichte werde Deutschland das Zeugnis bekommen, daß es den aufstrebenden Schritt zur Überwindung des Weltkampfes und für einen neuen Frieden unter den Völkern gemacht habe.

Der Anschlag als Rettung.

„Eine große Reihe von Momenten ist zusammengetroffen und hat in Wien eine furchtbare Panne förmlicher Auslandsbesitzer hervorgerufen, eine Steigerung in dem Ausmaß, wie es sogar in Österreich bisher noch kaum vorgekommen ist. Wobei hat die Markt den Wert von rund 30 Kronen erreicht, ein Stand, der im Sommer eine Teilung vorhanden war, damals aber begründet durch einen Berliner Dollarkurs, der ungefähr halb so hoch war wie der heutige. Wenn also heute die Krone neuerdings diesen Nominalstand zur Welt erreicht hat, dann bedeutet das eine tatsächliche Entwertung auf die Hälfte des damaligen Kronenwertes, und demgemäß sind auch die sozialen Schäden in Wien gestiegen. Eine historische Krone wird zeitweilig mit 350 österreichischen Kronen bezahlt. Die Regierung bemühte sich durch beruhigende Erklärungen über den Stand der Kreditfrage und über eigene Finanzpläne (von denen verschiedene Malmbergwerke verbreitet worden), die Öffentlichkeit zu beruhigen; aber das Beruhigen der Wirth wurde durch diese Erklärungen so gut wie gar nicht beeinflusst; es zeigt unentwegt auf Sturm.“

Der Hauptgrund ist das Sinken des Reichs in der Österreich der Entente so oft in Österreich gestiegen, von denen nun in wöchentlichen Formeln ist 1919 die Höhe ist, ohne daß bisher ein tatsächlicher Schritt zur Besserung gelangte. Die man weiß, sind die Kredite der Entente, den die Entente und insbesondere Frankreich für österreichische Reparationen ausgesetzt haben, die bei der Wirth wieder anzuwenden die Anleiheauskunft soll geben. Die Geschichte dieser Kreditfrage ist aber die einer handlichen Bewegung Österreichs, und es scheint, daß jetzt der österreichische Geldstand gerufen ist. Der österreichische Anleiheauskunft glaubt eben nicht mehr an die Geschichte der österreichischen Kreditfrage, und er wird dieses Verhalten in der nächsten Weise aus, die er vorläufig hat; in der vollkommenen Zurückweisung an der Lebensfähigkeit Österreichs innerhalb der Grenzen von St. Germain einmündig und damit als enterbeter Staat. Die Zeit arbeitet für alle Parteien österreichischer und politischer Verbündeter; so auch für den Anschlag, und nur müssen uns beeilen für den Zeitpunkt, der diesmal nicht wieder verfließen werden darf.

